

A1 Diskussion Stand Notfallversorgung Brackenheim

Antragsteller*in: Peter Gruner (KV Heilbronn)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Antrag auf innerparteiliche Diskussion zur geplanten Schließung der
2 Notfallpraxis in Brackenheim und Zentralisierung in Heilbronn

3 Antragsteller: Juergen Winkler

4 Datum: 18.06.2025

5 Antragstext:

6 Der OV ,Brackenheim spricht sich in großen Teilen gegen die geplante Schließung
7 der Notfallpraxis in Brackenheim und die Verlagerung in das städtische Zentrum
8 von Heilbronn aus. Die vorgesehene Zentralisierung würde einen erheblichen
9 Einschnitt in die medizinische Grundversorgung der ländlichen Bevölkerung
10 bedeuten.

11 Die Landespolitik hat sich bisher den Vorschlägen der Kassenärztlichen
12 Vereinigung untergeordnet und unterstützt die geplante Maßnahme. Dies führt zu
13 einer offensichtlichen politischen Differenz zwischen dem Ortsverband und der
14 Landesregierung, die nicht unbeachtet bleiben darf.

15 Wir beantragen daher:

16 1. Eine offene und sachliche Diskussion auf Kreisebene über die geplante
17 Strukturveränderung in der Notfallversorgung.

18 2. Eine Bewertung der Auswirkungen auf die regionale medizinische Versorgung,
19 insbesondere im Hinblick auf Erreichbarkeit, Wartezeiten und
20 Versorgungssicherheit für ältere und weniger mobile Bürgerinnen und Bürger.

21 3. Eine politische Positionsbestimmung der Partei zu dem Konflikt zwischen
22 regionaler Daseinsvorsorge und zentralorganisatorischen Vorgaben der
23 Kassenärztlichen Vereinigung.

24 4. Eine Wahlkampfstrategie, die die Interessen der Bevölkerung in ländlichen
25 Regionen glaubwürdig aufgreift, um Stimmenverluste bei der kommenden
26 Landtagswahl zu vermeiden.

27

Begründung

Die geplante Maßnahme stößt auf deutlichen Widerstand vor Ort. Der Eindruck, dass Entscheidungen über Köpfe hinweg getroffen werden, schwächt das Vertrauen in die Politik insgesamt und in unsere Partei im Besonderen. Gerade mit Blick auf die anstehende Landtagswahl muss sichergestellt werden, dass unsere Partei als Vertreterin bürgernaher Politik auftritt. Das bedeutet auch, dass innerparteiliche Meinungsunterschiede transparent ausgetragen werden und nicht unter organisatorischen Argumenten der Kassenärztlichen Vereinigung übergangen werden.